Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/27 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 75. **Sonntag** den 10. Februar 1901. 95. Jahrgang.

Aus der Woche.

Am Schlusse der vorletzten Woche hatten wir eine fast allgemeine und tiefe Mißstimmung über die Umstände, unter denen sich der englische Aufenthalt des Kaisers vollzog, festzustellen. Heute sind wir, obwohl das Bedauern seitdem neue Nahrung erhalten, dieser Aufgabe entboben. Die „Kreuzzeitung" hat sie uns abgenommen. Wir sind bescheiden genug, es eindringlicher zu finden, wenn das conservative preußische Organ wegen der Vorgänge auf britischem Boden „ein Wanken der Treue und des Glaubens an die Nothwendigkeit einer kraftvollen Monarchie" im Kreise seiner Leser besorgt, als wenn eine nichtpreußische Zeitung ähnlichen Befürchtungen Ausdruck gäbe. Uebrigens bestätigt der Notbruf gerade dieses Blattes die Richtigkeit unserer vor acht Tagen aufgestellten, aber hier und dort in der Presse bestrittenen Behauptung, daß der preußische Adel sich von dem allgemeinen Gefühle des Bedauerns nicht ausschließe. Wir theilen die wichtigsten Sätze aus der Auslassung der „Kreuzzeitung" an anderer Stelle mit. Das für den Augenblick Bedeutsamste an der Auslassung ist der Umstand, daß sie die Preßstimmen, die auf die Regierung zurückzuführen sind und die das deutsche Volk zur „höchsten Befriedigung über diese Kundgebungen" (in England) verpflichten zu dürfen meinten, in ihrer ganzen Officiösität erscheinen läßt. Kein Wunder, daß einem der Preßorgane dieser Art vor dem Artikel des conservativen Blattes fast die Sprache versagt und es nur zu stammeln vermag: „Das sind doch erstaunliche Aeußerungen!" Allerdings ist es erstaunlich, daß wir dreizehn Jahre nach dem Tode Wilhelm's I. solche Stimmen aus solchen Kreisen vernehmen müssen. Die allgemeine Stimmung, wie gesagt, hat sich in den letzten Tagen noch trüber gestaltet, nachdem englische Blätter, ohne berichtigt zu werden, gemeldet haben, der deutsche Kaiser habe erklärt, er rechne es sich zur besonderen Ehre an und betrachte es als ein Compliment für das deutsche Heer, daß er nun dieselbe Uniform tragen dürfe, wie Lord Roberts. Da Lord Roberts ein großer oder berühmter Feldherr, wie der gleichzeitig ernannte Mitsieger von Waterloo, ist, so wird diese Kundgebung so aufgefaßt, als gelte sie der Sache, für die der englische General zuletzt, wenn auch nicht mit entscheidendem Erfolge, gefochten. Angesichts der beispiellosen Ehrung, die in den kaiserlichen Worten liegt, ist es gleichgiltig, ob Lord Roberts den Schwarzen Adlerorden noch dazu bekommen hat oder nicht.

Wenn Deutschland jetzt noch beanspruchen darf, als eine im südafrikanischen Kriege „strikte Neutralität" beobachtende Macht zu gelten, dann hat Papst Pius IX. auch strikte Neutralität beobachtet, als er bei Ausbruch des Krieges von 1870 die französischen Waffen segnete. Man hat aber damals den Act des Papstes in Deutschland nicht so aufgefaßt, am allerwenigsten in katholischen Kreisen.

Den Juden in Preußen ist von den Freisinnigen wieder einmal einer der üblichen Bärenliebesdienste erwiesen worden. Angefangen hat allerdings diesmal ausnahmsweise ein Jude, der Abgeordnete Peltasohn, der sich darüber beschwerte, daß in Berlin, wo die Zahl der jüdischen Anwälte die der christlichen weit überwiegt, die Bestellung von Juden zu Notaren nicht in der Weise erfolgt, daß in etwa zehn Jahren die Hauptstadt kaum mehr einen christlichen Notar aufweisen würde. Daß die von Herrn Peltasohn und nachher von den Freisinnigen geforderte Praxis des Justizministers diesen Effect haben würde, ist nicht bestritten worden. Der Erfolg der Anzapfung ist, daß der Zudrang der Juden zur Anwaltschaft und die Frage der Anstellung von Juden als Staatsbeamte heute im ganzen Reiche weit eifriger und auf eine für diese Minderheit viel ungünstigere Weise erörtert wird, als vor der „Interpellation". Der Justizminister Schönstedt hat den vollen Erfolg mit seiner Erklärung für sich, er werde künftig so handeln wie bisher und kein Nachfolger könne anders verfahren. Er findet selbst in jüdischen Kreisen Beifall. Eine Aeußerung des Herrn Schönstedt, daß seine Verwaltung die einzige sei, die überhaupt jüdische Amtsbewerber nicht ablehne, hat der Minister, als nicht glücklich gewählt, zurückgezogen. Damit entfiel ein Bedenken, dessen man sich in Hinsicht auf die verfassungsmäßige Gleichberechtigung nicht völlig entschlagen konnte, und der nationalliberale Wortführer im Abgeordnetenhause darf gewiß der Zustimmung der Parteigenossen sicher sein, nachdem er unter Hinweis auf die Beseitigung jedes Bedenkens einer grundsätzlichen Ausschließung sich auf die Seite der Minister stellte. Die jüdischen Cultusgemeinden, die sich wegen der Sache beschwerdeführend an den Grafen Bülow gewendet, werden nunmehr gut thun, ihre Eingaben zurückzuziehen.

Zufrieden mit dem Reichskanzler wird man allerdings in den Kreisen, denen diese Beschwerden entstammen, nicht sein. Das liegt aber auf einem anderen Gebiete. Der Reichskanzler hat mit seiner im Deutschen Landwirthschaftsrathe gehaltenen Rede das Mißvergnügen der Freihändler, das schon durch die Erklärung des Centralverbandes deutscher Industrieller hochgradig gesteigert war, aufs Neue erhöht. Der Kanzler widerrief nicht, daß ein verstärkter Zollschutz für die Landwirthschaft nöthig sei, und bewies damit allerdings einen tadelnswerthen Starrsinn. Denn die Manchesterpresse hatte ihm Tag für Tag „nachgewiesen", daß eine Erhöhung der Getreidezölle das Reich nicht nur in einen Zollkrieg mit dem gesammten Erdkreise verwickeln, sondern es auch politisch isoliren würde. Aber selbst die fürchterliche Drohung mit dem Zorn der österreichischen Industriellen, die nämlich selbst hart gesottene Hochschutzzöllner sind, hat nichts gefruchtet.

Was die Canalvorlage angeht, so hat der weitere Verlauf der ersten Berathung im Abgeordnetenhause die Voraussicht bestätigt, daß der Stand der Angelegenheit durch diese Debatten nicht im Mindesten geklärt oder gar verändert werden könnte. Es verlohnt sich bis auf Weiteres nicht, die Chancen zu erörtern; die Würfel werden nicht im hellen Tageslichte fallen.

Die Polenpolitik der Regierung ist durch den Posterlaß wieder als das gekennzeichnet worden, als was man sie schon lange ansehen mußte: als eine mit ein paar Redeblumen umrahmte Politik der Nachgiebigkeit. Gesprochen wird ja ganz hübsch, aber wenn immer eine Handlung bekannt wird, ist es eine solche, die den Interessen des Deutschthums zuwiderläuft. In einer Zuschrift aus dem Osten, die kürzlich einem Berliner Blatte, und noch dazu einem freisinnigen, zugeging, heißt es, man verliere dort alle Hoffnung, denn man fühle sich „genarrt". Genarrt — das ist nach unserer Meinung schon lange das richtige Wort. Und das wird sich auch nicht ändern, denn das Berliner Regiment ist im weiteren, im historischen Sinne weisisch.

Französische Kabelpläne.

*. Vor Kurzem ist der französischen Deputirtenkammer ein wichtiger Gesetzentwurf zugegangen, der voraussichtlich bald zur Berathung kommen wird. Er handelt von der Schaffung eines französischen Telegraphennetzes zur Verbindung aller Colonien und mehrerer überseeischer Länder mit Frankreich. Dem Gesetzentwurfe geht eine Darlegung der Gründe voran, die die Nothwendigkeit eines französischen Kabelnetzes beweisen sollen; ferner werden die erforderlichen Linien aufgestellt und hieran fügen sich genaue Berechnungen über die etwaigen Kosten und die Rentabilität der Kabel. Den Beschluß macht der Gesetzvorschlag selbst, der aus 5 Artikeln besteht. Die Anlagen geben Einzelheiten über die Erreichung der zu Grunde liegenden Zahlen.

Es verlohnt sich, die Begründung dieses Projectes genauer kennen zu lernen, welches, wenn es zu Stande kommt, Frankreich von den englischen Kabelgesellschaften unabhängig macht. Nachstehend wird die französische Begründung der Nothwendigkeit von Kabellinien im Auszuge wiedergegeben.

Frankreich ist in Krieg und Frieden für seine telegraphischen Verbindungen mit den Colonien und dem Auslande von fremden Telegraphenlinien abhängig. Falsche Nachrichten können die öffentliche Meinung täuschen und irreleiten. Diesem Uebelstande muß sofort abgeholfen werden. Frankreich muß eine überseische Kabelpolitik haben, wie es eine Colonialpolitik hat. Es handelt sich nicht nur um die colonialen Interessen, es muß auch die zahlreiche überseische Kundschaft berücksichtigt werden, mit der eine directe Verbindung hergestellt werden muß, wenn Frankreich nicht verdrängt werden will. England verdankt seinen Einfluß in der Welt vielleicht mehr seinen Kabelverbindungen, als seiner Marine. Es beherrscht die Nachrichten und macht sie seiner Politik und seinen Geschäften in wunderbarer Weise dienstbar. Von allen Puncten der Erde kommen die Depeschen in London an, sie reden nur von dem englischen Handel, der englischen Industrie und der englischen Politik. Die Kabel haben kräftig dazu beitragen, die Handelsgeschäfte Englands zu entwickeln; der Geschäftsmann in fremden Landen kennt nur den Cours von London, die Börsencourse anderer Städte sind ihm unbekannt. Er wendet sich nach London, um zu kaufen und zu verkaufen. Daher hat der Handel Englands im Verhältniß zur Vermehrung der Kabelverbindungen Englands zugenommen.

Die politischen Interessen Frankreichs liegen nicht nur in seinen Colonien, sondern überall da, wo man seinen Einfluß zu bekämpfen sucht. Die Unverletzbarkeit der diplomatischen Correspondenz ist die erste Bedingung, solche Versuche mit Erfolg zu bekämpfen.

Auch vom militärischen Standpuncte aus müssen nicht blos die Colonien berücksichtigt werden. Man braucht sich nur vorzustellen, daß ein Geschwader bei Ausbruch eines Krieges mit England im östlichen Mittelmeer oder an der Küste von Argentinien, von Brasilien, im Stillen Ozean, an der südafrikanischen Küste, im Indischen Ozean oder Gelben Meere kreuzt, um die ernsten Folgen für die Sicherheit der Schiffe verstehen zu können. Die französischen Colonien sind gegenwärtig nicht in Gefahr, sich überraschen zu lassen, denn sie alle wissen, daß, wenn die englischen Kabel plötzlich schweigen, der Augenblick der Vorsicht gekommen ist. Aber ein solcher Zustand darf nicht andauern. Wenn Frankreichs politische und militärische Interessen eine Kabel-Politik, wie die Englands, verlangen, so gilt dies ebenfalls für die wirthschaftlichen Interessen. Die Zahlen des Specialhandels beweisen das. England, Belgien, Deutschland und die Vereinigten Staaten nehmen zwar den ersten Rang im französischen Handel ein. Aber die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern rechtfertigen die Einrichtung directer Verbindungen mit den Kunden und den Lieferanten. Abgesehen von den Handelsverbindungen, hat Frankreich große Capitalien an Griechenland, die Türkei, an Rußland, Egypten, Argentinien, Transvaal, China geliefert; Frankreich kann nur gewinnen, wenn es diese Länder mit sich durch Kabel in Verbindung bringt, damit die Sicherheit der Capitalien überwacht werden kann.

Wirthschaftliche, politische und militärische Interessen vereinigen sich also, die Kabelverbindungen nothwendig zu machen.

Dies der Gedankengang der Begründung des französischen Kabel-Gesetzentwurfs: mutatis mutandis ist sie auch für Deutschland vollkommen zutreffend.

Die Wirren in China.

Die wirthschaftliche und geschäftliche Lage in Shanghai.

Aus Shanghai, Ende December, wird uns geschrieben:

Die geschäftlichen Verhältnisse haben hier in letzter Zeit eine Besserung erfahren. Die Krisis im Geschäfte der Chinesen darf wohl als überstanden gelten; es sind neuerdings keine größeren Fallissements mehr bekannt geworden, und die in der Abwickelung begriffenen scheinen, wenigstens soweit Fremde betheiligt sind, eine befriedigende Erledigung zu finden. Es ist dabei zur Entscheidung wichtiger Rechtsfragen gekommen, und zwar in einem den Fremden günstigen Sinne. Auch das Export- und Import-Geschäft hat sich, soweit das Yangtse-Thal in Betracht kommt, etwas gebessert. Mit dem Norden ist dagegen noch kein Geschäft zu machen: seitdem der Golf von Petschili zugefroren ist, hat der Schiffsverkehr dorthin bis auf Weiteres aufgehört.

An Geld scheinen zur Zeit Uebigens weder der Hof in Singanfu, noch die chinesischen Regierungsvertreter in Peking, Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang, Mangel zu haben. Dem Appell an die wohlhabenden Chinesen und an die Beamtenschaft ist reichlich nachgekommen worden. So haben die Behörden von Kanton bei der Hongkong- und Shanghai-Bank nicht weniger als 1 200 000 Taels eingezahlt, und der hiesige Taotai bei derselben Bank 800 000 Taels, mit der Bestimmung, für diese Beträge durch die Filiale der Bank in Peking der dortigen Regierung Credit zu eröffnen. Auch von der früher mehrfach hervorgetretenen Geldverlegenheit der Generalgouverneure im Yangtsethal verlautet jetzt nichts mehr. Ihre Truppen scheinen pünctlich bezahlt zu werden, und auch für Munition, Waffen und sonstiges Kriegsmaterial sind immer Mittel vorhanden. Ferner sind die am 20. dieses Monats fällig gewesenen Zinsen auf die deutsch-englische Anleihe prompt bezahlt, und da der große Betrag, der auf die russische Anleihe am 31. December fällig wird, schon lange vorher berichtigt ist, so war die hier verbreitete Besorgniß, daß die chinesische Regierung sich Ende des Jahres wegen der fremden Anleihen in großen Schwierigkeiten befinden würde, unbegründet. Die laufenden Beträge werden jedenfalls auch in Zukunft pünctlich bezahlt werden; die Einnahmen aus dem fremden Zoll haben bei Weitem nicht in dem Maße nachgelassen, wie man vielfach befürchtet hatte, in dem letzten Sommerhalbjahre zum Beispiel nur um 2½ Millionen Taels, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Beziehungen der fremden Truppen in Shanghai.

Die in Shanghai stationirten deutschen Truppen haben sich musterhaft betragen und genießen den besten Ruf. Auch die Japaner und Inder benehmen sich gut, während dies von den übrigen Truppen nicht behauptet werden kann. Insbesondere besteht ein bitterer Haß zwischen den Franzosen und Engländern, und man hat an den leitenden Stellen sogar alles Ernstes die Besorgniß gehegt, daß es zwischen den beiderseitigen Leuten zu einem schweren Kampfe kommen könnte. Der englische General untersagte deshalb seinen Leuten, auf Urlaub mit Seitengewehr auszugehen, der Franzose wollte aber diesem Beispiel nur folgen, wenn auch die Deutschen sich anschlössen. Die deutsche Militärbehörde befahl hierauf die Selbstverleugnung, im allgemeinen Interesse der Anregung Folge zu leisten, ein Entschluß, der ihr freilich insofern leicht gemacht war, als in Shanghai Jedermann weiß, daß er keineswegs durch Mißtrauen gegen die deutschen Soldaten herbeigeführt ist.

* **London**, 9. Februar. Die „Times" melden aus Peking vom 7. Februar: Rußland hat sich erboten, die nördlich von der großen Mauer befindlichen chinesischen Eisenbahnen zu erwerben und somit dieselben in die Hand zu bekommen als Theilzahlung für die Rußland zustehende Entschädigung, und versucht auf diese Weise China dazu zu bringen, die Bedingungen der unterschriebenen Verpflichtung zu verletzen, welche das Tsung li Yamen im October 1898 England gegenüber übernommen und durch die sich China verpflichtet hat, die Schanhaikwan-Niutschwang- und Siaminting-Bahnen weder zu verkaufen noch sonstwie an eine andere Macht übergeben zu lassen. — Die auswärtigen Gesandten hegen die Hoffnung, China werde eine Note annehmen, welche ihm in ein bis zwei Tagen vorgelegt werden soll und deren Inhalt bereits bekannt ist.

* **London**, 9. Februar. Die „Morning Post" meldet aus Shanghai vom 8. Februar: Man erwartet, daß der Hafen von Taku zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunct in diesem Jahre eisfrei und den Verkehr geöffnet sein werde.

* **Shanghai**, 8 Februar. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Zur Feier der Vermählung der Königin Wilhelmina fand in der deutschen Gesandtschaft in Peking, in welcher der niederländische Gesandte Knobel gegenwärtig wohnt, ein Festmahl statt.

* **Peking**, 8. Februar. (Reuter.) Die fremden Gesandten kamen heute zusammen, um über ein von den Chinesen vorgelegtes Edict zu berathen betr. die Aufhebung der Prüfungen für fünf Jahre und Bestrafung der Beamten, welche schuldig sind, die Feindseligkeiten gegen die Ausländer nicht unterdrückt zu haben. Die Gesandten beanstandeten den Wortlaut des Edicts, der den Anschein erweckt, als seien die Unruhen lediglich durch das Vorgehen der eingeborenen Christen verursacht worden. Das Edict war sonst befriedigend und wurde, nach Maßgabe der Ansichten der Gesandten geändert, an die Chinesen zurückgereicht.

* **Petersburg**, 9. Februar. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur".) Die regelmäßige telegraphische Verbindung mit Peking und Tientsin über Wladiwostok ist hergestellt.

* **Petersburg**, 9. Februar. Der „Regierungsbote" theilt mit, daß die Schutzwache der ostchinesischen Eisenbahn dem Corps der Grenzwache zugetheilt wurde und daß dieselbe in dessen Bestande einen eigenen Bezirk zu bilden und dieselbe Organisation und Ergänzungsart wie die Grenzwache anzunehmen habe. Die Unterhaltung der Grenzwache bestreitet aber die Gesellschaft der ostchinesischen Eisenbahn.

* **Paris**, 9. Februar. Die hiesige Ausgabe des „New York Herald" meldet aus Peking, die Familie des auf Befehl der Kaiserin hingerichteten Würdenträgers Tuan habe bei den Vertretern der fremden Mächte Klage gegen den Bischof von Peking, Favier, eingereicht, weil derselbe sich angeblich aller in dessen Hause befindlichen Werthobjecte und Geldsachen im Betrage von einer Million Taels bemächtigt haben soll. Die Familie Tuan's behauptet, daß alle diese Gegenstände sich gegenwärtig in den Händen des Sekretärs der amerikanischen Botschaft Squiers befinden.

* **Marseille**, 9. Februar. Der Postdampfer „Ernest Simons" mit der Post für China und Japan geht morgen mit 180 Passagieren von hier ab. Darunter befindet sich der Bischof von Peking, Favier, mit mehreren Geistlichen.

Der Krieg in Südafrika.

Ein englischer Officier über das Niederbrennen von Boerenhäusern.

Das Plündern und Niederbrennen von Häusern, Farmen, ja selbst ganzen Ortschaften in den Boeren-Republiken, wenn sie auch blos von Frauen und Kindern bewohnt waren, ist von der englischen Presse und auch officiell so häufig und emphatisch geleugnet worden, daß es wohl einmal an der Zeit ist, den Bericht eines englischen Officiers über mehrere solche Vorgänge wiederzugeben, um die Wahrheit aus solcher Quelle unumstößlich hinzustellen. Die Londoner „Truth" vom 7. Februar veröffentlicht einen Brief des Leutnants Morrison von der canadischen Artillerie, dem wir Folgendes entnehmen:

„Wir zogen von Thal zu Thal, wobei wir fortwährend Rinder und Schafe stahlen, sengten, plünderten und Weiber und Kinder aus ihren Häusern jagten, so daß sie in Thränen und Verzweiflung neben den Ruinen ihrer einstmals herrlichen Heimstätten auf freiem Felde waren. Es war die erste Berührung von Kitcheners eiserner Hand — schrecklich mit anzusehen. Wir brannten eine sechs Meilen breite Strecke mitten durch diese fruchtbaren Thäler nieder. Unsere Colonne ließ eine Fährte von Feuer und Rauch hinter sich zurück, die man bis Belfast sehen konnte."

Ueber die Plünderung und Niederbrennung von Dullstroom schreibt derselbe Officier: „Keiner von Allen, die dort waren, wird die Arbeit (!) jenes Tages jemals vergessen. Gegen 7 Uhr Morgens nahmen unsere Truppen nach kurzem Kampfe die Stadt ein. Die Boeren zogen sich auf die Hügel der Umgebung zurück, und Niemand blieb in der Stadt, als Frauen und Kinder . . . Die Boeren trieben unsere Vorposten auf der Flanke zurück und begannen die Bedienungsmannschaften unserer Geschütze scharf aufs Korn zu nehmen. Da, inmitten des Donners der Kanonen und des knatternden Gewehrfeuers begann die Plünderung und Zerstörung der Stadt. Zuerst war blos ein ominöses blaues Wölkchen über den Häusern zu sehen, bald jedoch stiegen so mächtige Rauchmassen empor, daß sie 50 Meilen weit sichtbar waren. Die Boeren auf den Hügeln waren von dem Anblick so gelähmt, daß sie das Feuer einstellten. Die Stadt war ganz ruhig, bis auf das Knattern und Prasseln der Flammen. Auf den Kirchenstufen hatte sich eine Gruppe von Weibern und Kindern zusammengedrängt. Die Gesichter der Frauen waren todtenblaß, aber einige von ihnen hatten brennend rothe Flecken auf ihren Wangen und ihre Augen glühten. Unsere Truppen durchstöberten systematisch das ganze Städtchen, und sobald sie mit einem Hause fertig waren, zündeten sie es an. Während ich zusah, wandte sich ein Weib mir zu und rief pathetisch: „Oh, wie könnt Ihr doch so grausam sein!" Ich bemitleidete sie und erklärte ihr, daß es auf Befehl geschehe und daß Befehlen gehorcht werden müsse. Immerhin war es ein trostloser Anblick, die kleinen Häuser brennen, die Rosenbüsche in den niedlichen Gärten verdorren sehen zu müssen, und Zeuge zu sein, wie die rührenden Gruppen der ihres Heims beraubten Frauen und Kinder ihren Elend und ihrer Verzweiflung in Thränen Luft machten, als wir die rauchenden Ruinen verließen."

Es spricht aus diesen Zeilen eine solche Wahrheitstreue und — gerade weil sie keine heuchlerischen Worte des Bedauerns enthalten — ein solches Pathos, daß sie jeden warmfühlenden Menschen im Innersten des Herzens ergreifen müssen.

* **London**, 9. Februar. (Reuter.) Aus Pretoria wird vom 8. d. M. berichtet: Eine Anzahl deutscher Staatsangehöriger, die freiwillig den District von Fortpansberg in Gemeinschaft mit englischen Unterthanen, die von den Boeren vertrieben worden sind, verlassen hatten, sind hier angekommen. Sie sind von den Boeren gut behandelt worden.

* **Krügersdorp**, 1. Februar. Einem Bericht des „Reuter'schen Bureaus" zufolge haben 1500 Boeren am 30. Januar einen energischen Angriff auf den Außenposten bei Modderfontein, 20 Meilen südlich von Krügersdorp, unternommen. Der Posten bestand hauptsächlich aus Mannschaften aus Neusüdwales. Die Boeren wurden wiederholt zurückgetrieben. Die kleine britische Truppe, der die Boeren das Wasser abgeschnitten hatten, fochten wacker bis zum 31. Januar Abends, wo sie sich der feindlichen Uebermacht ergeben mußte. Der britische Verlust beträgt 9 Officiere und Mannschaften an Todten und 17 Verwundete. Die Verluste der Boeren waren nach allen Meldungen beträchtlich. Die Briten hatten vor der Capitulation ihr Maximgeschütz unbrauchbar gemacht.

* **Capstadt**, 9 Februar. („Reuter".) Reverend Bosman, der holländische Hauptgeistliche von Pretoria, hat die Anklagen wegen Raub und anderer Verbrechen, begangen durch die englischen Soldaten, untersucht und berichtet, daß die Anklagen jeder Begründung entbehren. (?)

Deutsches Reich.

A. M. C. **Berlin**, 9. Februar. (Die Seemannsordnung und die Socialdemokratie.) Das Berliner socialdemokratische Centralorgan berichtet in einer seiner letzten Nummern unter der Ueberschrift „Die Seemannsordnungscommission des Reichstages und das Reichsmarineamt" über allerlei Vorkommnisse in dieser Commission, die „Gesetzmäßigkeit" erregt hätten. Wir sind nach Einziehung von Erkundigungen an maßgebender Stelle in der Lage, feststellen, daß jener Artikel des „Vorwärts" eine Reihe von Unrichtigkeiten enthält, von denen die markantesten hier berichtigt werden sollen. So behauptet der erwähnte „Vorwärts"-Bericht, der socialdemokratische Antrag, betreffend die Sonntagsruhe der Seeleute sei, wenn auch etwas abgeschwächt, angenommen worden, obwohl der Commissar des Reichsmarineamtes dagegen gesprochen habe. Zu bemerken ist dazu, daß die Sonntagsruhe für die Seeleute, in Anerkennung der durch den Commissar vorgetragenen Gründe, nur für das Gebiet des deutschen Reiches zum Beschluß der Commission erhoben wurde und daß die Commission im Interesse der Concurrenzfähigkeit der deutschen Schiffahrt und in Würdigung der besonderen Verhältnisse des Gütertransportes und der Passagierverhältnisse davon Abstand genommen hat, die Sonntagsruhe auch auf die im Auslande löschenden deutschen Schiffe auszudehnen. Weiter behauptet der socialdemokratische Berichterstatter, die Mehrheit der Commission habe entgegen dem Antrage des Commissars des Reichs-Marine-Amtes den socialdemokratischen Antrag angenommen, daß auch die Schiffs-